

Quelle Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.2010
Seite 15
Nummer 154
Ressort Wirtschaft
Seitentitel Unternehmen

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dependancen von Lehman streiten sich vor Gericht

hs. FRANKFURT, 6. Juli. Auf die Zahlung von jeweils einer Milliarde Dollar haben sich vor dem Frankfurter Landgericht die Insolvenzverwalter zweier Tochtergesellschaften des zusammengebrochenen amerikanischen Bankhauses Lehman Brothers verklagt. Anlass ist eine Überweisung des in London ansässigen Brokerhauses Lehman International Europe an das deutsche Bankhaus des Konzerns am 12. September 2008 - drei Tage, bevor dieser in New York Konkursantrag stellte und alle seine Dependancen mitriss.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pri-

cewaterhouse Coopers, die die Insolvenz der britischen Tochter verwaltet, verlangt vom Pendant auf deutscher Seite, Rechtsanwalt Michael Frege, einem Partner der Frankfurter Großkanzlei CMS Hasche Sigle, den Betrag in voller Höhe zurück. Das Geld, das einer Vielzahl von Anlegern gehöre, sei im Rahmen eines Treuhandvertrages mit der Maßgabe überwiesen worden, es nach drei Tagen verzinst zurückzutransferieren. Die Summe falle daher nicht in die Konkursmasse. Dem widerspricht der Insolvenzverwalter des deutschen Bankhauses: Der Betrag sei der Insol-

venzmasse der Lehman Brothers Bankhaus AG in Frankfurt zuzuordnen, lautet seine Darstellung.

Gestern erhoben seine Prozessbevollmächtigten, auch für die Zivilkammer des Landgerichts überraschend, Widerklage nahezu in gleicher Höhe. Eine Begründung lieferten sie vorerst nicht. Dies geschehe aufgrund von "Informationen der vergangenen Wochen", hieß es nur knapp am Rande des Prozesses. Die Kammer will am 7. Oktober eine Entscheidung verkünden.